



BERICHT FÜR BOCHUM

2007

Axel Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Halbzeitbilanz 2005 bis 2007 Wahlkreis und Bundestag

INHALT

1. Halbzeitbilanz 2005 bis 2007
Wahlkreis und Bundestag
2. Sitzungstermine 2008
3. Große Koalition:
Die SPD setzt die politischen
Akzente

Nach zwei Jahren lege ich für diese Legislaturperiode einen Zwischenbericht vor. Die Bewertung ist positiv und kritisch zugleich: positiv, weil das Koalitionsprogramm überwiegend die Handschrift der SPD trägt – kritisch, weil im öffentlichen Meinungsbild von den Ergebnissen vor allem CDU und CSU profitieren, wir dagegen bei 30 % stagnieren. Die wichtigsten Erfolge bei Arbeitsplätzen, Bildung, Kinderbetreuung, Schuldenabbau und Klimaschutz werden zu wenig wahrgenommen – im Vergleich zu den kritischen Punkten wie Mehrwertsteuer, Gesundheitsreform und Rente mit 67. Wir müssen unsere Leistungen selbstbewusster vertreten!

Wahlkreis

Sprechstunden nach individueller Vereinbarung zur Beratung und Hilfe für Bürgerinnen und Bürger mit Problemen, insbesondere bei Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie im Umgang mit Behörden; zusätzlich feste Termine im Wahlkreisbüro und in Wattenscheid.

Veranstaltungen mit Ortsvereinen und Stadtbezirken, der AG 60+, den Jusos, der AGS und der AfA (Tagung mit dem Bundesvorsitzenden Ottmar Schreiner und dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher unserer Fraktion Klaus Brandner).

Teilnahme an Sitzungen der Bezirksvertretungen in Mitte, Wattenscheid, Süd und Südwest sowie des Rates und der SPD-Fraktion.

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit durch Unterstützung der Tarifaufinandersetzungen im Stahlbereich, an den Hochschulen, bei der Telekom und

im Einzelhandel, Teilnahme an der Kundgebung zum 1. Mai und dem DGB-Forum zur Gesundheitsreform.

Betriebsbesuche bei Opel, Thyssen-Krupp (Teilnahme an der Belegschaftsversammlung), AOK, Ruhr-Universität, Technologie-Quartier und Umwelt-Service-Bochum (USB).

Wirtschaftskontakte mit zahlreichen Terminen bei der Handwerkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer, Einwerbung von Ausbildungsplätzen in Betrieben und Unternehmen.

Berufspraktikum beim USB 2006 und im Tierpark 2007.

Schulbesuche an der Grundschule Leithe, Wald-, Hufeland-, Gräfin-Imma-, Mansfeld-, Erich-Kästner-, Schiller-, Lessing-, Hugo-Schultz-, Märkische, Hellweg-, Pestalozzi-, Louis-Baare-Schule.



HALBZEITBILANZ



Wahlkreise in Bochum

Wahlkreis

Sprechstunden nach individueller Vereinbarung zur Beratung und Hilfe für Bürgerinnen und Bürger mit Problemen, insbesondere bei Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie im Umgang mit Behörden; zusätzlich feste Termine im Wahlkreisbüro und in Wattenscheid.

Veranstaltungen mit Ortsvereinen und Stadtbezirken, der AG 60+, den Jusos, der AGS und der AfA (Tagung mit dem

Bundesvorsitzenden Ottmar Schreiner und dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher unserer Fraktion Klaus Brandner).

Teilnahme an Sitzungen der Bezirksvertretungen in Mitte, Wattenscheid, Süd und Südwest sowie des Rates und der SPD-Fraktion.

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit durch Unterstützung der Tarifausschüsse im Stahlbereich, an

den Hochschulen, bei der Telekom und im Einzelhandel, Teilnahme an der Kundgebung zum 1. Mai und dem DGB-Forum zur Gesundheitsreform.

Betriebsbesuche bei Opel, Thyssen-Krupp (Teilnahme an der Belegschaftsversammlung), AOK, Ruhr-Universität, Technologie-Quartier und Umwelt-Service-Bochum (USB).

Wirtschaftskontakte mit zahlreichen Terminen bei der Handwerkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer, Einwerbung von Ausbildungsplätzen in Betrieben und Unternehmen.

Berufspraktikum beim USB 2006 und im Tierpark 2007.

Schulbesuche an der Grundschule Leithe, Wald-, Hufeland-, Gräfin-Imma-,

Mansfeld-, Erich-Kästner-, Schiller-, Lessing-, Hugo-Schultz-, Märkische, Hellweg-, Pestalozzi-, Louis-Baare-Schule.

Teilnahme an Veranstaltungen der Sportvereine: TuS Querenburg, Markania, Arminia, TV Wattenscheid 01, AfB und Mitwirkung am Tag des Ehrenamtes sowie beim Jahresempfang des Stadtsporthundes.

Besuche von Wettkämpfen wie Leichtathletik-Jugendmeisterschaften, Euro-Breakdance, Freizeit-Kicker, regelmäßig bei Bundesligaspielen des VfL und dem Frauenteam der SG Wattenscheid 09.

Beteiligung an Brauchtumsveranstaltungen wie Maischützen und Karneval.

Besondere Aktivitäten: Verleihung des

Hans-Ehrenberg-Preises mit Podiumsdiskussion in der Christuskirche, Besuch von zwei Moscheen und der Synagoge.

Praktika für Schüler und Studenten: regelmäßig haben junge Menschen die Möglichkeit, im Wahlkreisbüro und in Berlin meine Arbeit kennenzulernen.

Bundestag

Europapolitischer Sprecher: in dieser Funktion koordiniere ich die Politik der SPD-Fraktion in einem themenübergreifenden Ausschuss. 2006 ist es gelungen, durch eine von mir mitgestaltete Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung die europapolitischen Einflussmöglichkeiten des Parlaments erkennbar auszuweiten.

Sitzungstermine 2008

14. – 18. Januar	07. – 11. April	15. – 19. September
21. – 25. Januar	21. – 25. April	22. – 26. September
11. – 15. Februar	05. – 09. Mai	13. – 17. Oktober
18. – 22. Februar	26. – 30. Mai	10. – 14. November
03. – 07. März	02. – 06. Juni	24. – 28. November
10. – 14. März	16. – 20. Juni	01. – 05. Dezember
	23. – 27. Juni	15. – 19. Dezember

Plenarwochen in Berlin.

Informationen für Besuchergruppen sind bei Fritzi Marie Felderhoff und Annegret Mogge im Wahlkreisbüro erhältlich.

KONTAKT

Axel Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227-77477
Telefax 030 227-76477

Wahlkreisbüro:

Alleestraße 144
44793 Bochum
Telefon 0234 68746-0
Telefax 0234 68746-10

Internet

www.axelschaefermdb.de
axel.schaefer@bundestag.de



Die SPD setzt die politischen Akzente

Diese Dokumentation ist die offizielle Bilanz der Bundestagsfraktion. Aktuell umkämpfte Themen wie Mindestlohn sind darin noch nicht enthalten.

1. Die Beschäftigung steigt. 27,17 Mio. Menschen sind augenblicklich sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ist ein Zuwachs binnen eines Jahres von rund 600.000 Arbeitnehmern. Der wirtschaftliche Aufschwung erreicht endlich den Arbeitsmarkt. Über 712.000 weniger Arbeitslose als im Vorjahr zeigen, dass der Durchbruch geschafft ist. Mit rund 3,69 Mio. arbeitslosen Menschen liegt die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit mehr als über sechseinhalb Jahren nicht mehr.

2. Neue Instrumente für den Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass auch die Schwächeren eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Zum Beispiel durch den Qualifizierungs-Kombi für junge Menschen ohne Schulabschluss und Ausbildung, die länger arbeitslos sind und ohne Förderung keine Perspektiven hätten. Und durch einen sozialen Arbeitsmarkt für rund 100.000 Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen.

3. Die Sozialversicherungsbeiträge sinken. Sie liegen wieder unter 40 %. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wurde innerhalb eines Jahres von 6,5 % auf 3,3 % reduziert und ist so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

4. Planungssicherheit für Kommunen. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die Kommunen um jährlich 2,5 Mrd. Euro entlastet. Der Bund beteiligt sich mit 4,3 Mrd. Euro jährlich an den Kosten der Unterkunft für SGB II-Bezieher. Das schafft Planungssicherheit für die Kommunen und gibt Raum für dringend benötigte öffentliche Investitionen.

5. Die Gewerbesteuer bleibt. Vor der Bundestagswahl wollten CDU/CSU und

FDP die Gewerbesteuer abschaffen. Im Zuge der Unternehmensteuerreform konnten wir erreichen, dass die Gewerbesteuer nicht nur erhalten bleibt, sondern sich die kommunale Einnahmesituation weiter verbessern wird.

6. Die Wirtschaft wächst. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum. Das 25-Mrd.-Euro-Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung setzt die richtigen Impulse.

7. Das Gebäudesanierungsprogramm ist Motor für Arbeit im Baugewerbe. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist eine Erfolgsstory. Es dient dazu, die energetische Gebäudesanierung durch zinsgünstige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu beschleunigen und die CO₂-Emissionen zu verringern.

8. Weniger Neuverschuldung. Mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik setzen wir die richtigen Zeichen. Wir geben Impulse zur Stabilisierung und Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs, konsolidieren, senken die Nettokreditaufnahme und verändern den Haushalt strukturell – weg von vergangenheitsbezogenen Ausgaben hin zu Zukunftsaufgaben in Bereichen wie Familie und Bildung. Im Jahr 2007 liegt die Nettokreditaufnahme so niedrig wie seit 1990 nicht mehr.

9. Abbau von Steuervergünstigungen. Wir haben beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger können Verluste nur noch mit Einkünften aus der selben Einkunftsquelle verrechnen.

10. Starke Schultern müssen mehr tragen. Wir haben die Reichensteuer eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Das

haben wir im Wahlprogramm gefordert und in der Koalition durchgesetzt.

11. Ein neues Unternehmensteuerrecht. Zum 1. Januar 2008 tritt das Gesetz in Kraft, welches Deutschland international wettbewerbsfähig macht. Firmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren.

12. Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Sozialdemokraten wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht verordnen. Mit verbesserten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen ermöglichen und fördern wir diese Aufgabe.

13. Maßnahmen für Familien. Auf unsere Initiative hin wird das Elterngeld eingeführt. Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen. Die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten setzt Anreize für neue Beschäftigung in privaten Haushalten und unterstützt Familien mit erhöhtem Betreuungsaufwand.

14. Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr. Dieser kommt 2013. Das haben wir gegen CDU/CSU durchgesetzt. Hiermit sichern wir den Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder und stellen sicher, dass die Gelder des Bundes für die Länder auch in den Ausbau der Krippen und Kitas investiert werden.

15. Zusätzliche Mittel in Forschung und Entwicklung. In dieser Legislaturperiode stehen 6 Mrd. Euro mehr für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung.

16. Verstärkung der Verkehrsinvestitionen. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Deshalb wurden zusätz-

GROSSE KOALITION



lich 4,3 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 bis 2009 für verstärkte Verkehrs- investitionen zur Verfügung gestellt.

17. Die Gesetzliche Rentenversicherung zukunfts- fest machen. Mit der Anhe- bung des gesetzlichen Renteneintritts- alters auf 67 Jahre reagieren wir auf den demografischen Wandel, der als Folge der steigenden Lebenserwartung und gesunkener Geburtenrate die Ren- tenversicherung vor große Herausfor- derungen stellt. Für uns bleibt die wich- tigste Säule der Altersversorgung die Gesetzliche Rentenversicherung, deren Beitragssatz von 19,9 % in den nächsten Jahren stabil bleiben wird.

18. Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer. Mit der Initiative 50 plus geben wir ein verbindliches Signal an Gesell- schaft und Wirtschaft, dass eine Um- orientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist und daraus konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen. Von 1998 bis heute ist die Be- schäftigtenquote in diesem Personen- kreis von 38 % auf 52 % angestiegen.

19. Erhöhung der Renten. Nach drei Nullrunden steigt die Altersversiche- rung seit dem 1. Juli 2007 wieder. Die Erhöhung um 0,54 % wurde möglich durch die positiven Entwicklungen bei Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Löhnen in 2006. Durch den Auf- schlag fließen pro Jahr 1,2 Mrd. Euro zusätzlich an die rund 20 Mio. Rentner und Rentnerinnen.

20. Auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem. Mit der Reform haben wir unser Gesund- heitssystem weiter entwickelt und die Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwer- tige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Drei entscheidende Maßnahmen haben wir durchgesetzt: Erstens ist künftig jeder gegen das Ri- siko Krankheit versichert. Zweitens gilt in Zukunft: Prävention vor Behandlung und Rehabilitation vor Pflege. Drittens bleibt Gesundheit bezahlbar. Wir haben

Wettbewerb unter den Kassen ermög- licht und Instrumente zur effizienten Verwendung der Mittel entwickelt.

21. Mehr Schutz für Nichtraucher. Seit 1. September 2007 ist in Einrichtungen des Bundes und des öffentlichen Per- sonenverkehrs das Rauchen grundsätz- lich verboten. Bereits bestehende Vor- schriften zum Schutz vor Passivrauchen wurden verschärft. Zum Schutz der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Abgabe von Tabakwaren und das Rauchen in der Öffentlichkeit von 16 auf 18 Jahre angehoben.

22. Sicheres Leben in Deutschland. Unsere Innen- und Rechtspolitik wird mittlerweile auch einschneidend durch internationale, außenpolitische und europäische Ereignisse mitbestimmt. Wir ergreifen für ein sicheres Leben alle nötigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und achten darauf, die Bürger- und Freiheitsrechte zu wahren.

23. Doping im Sport strafbar. Wir Sozi- aldemokraten stehen für eine glaub- würdige Anti-Doping-Politik. Der Sport kann das Problem nicht alleine lösen. Ein erster, lange überfälliger Schritt dazu ist das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport.

24. Das Kompetenzgewirr entflechten. Mit der Föderalismusreform haben wir für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung gesorgt. Die Zahl der zustim- mungspflichtigen Gesetze sinkt und für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder leichter erkennbar, welche poli- tischen Entscheidungen der Bund oder die Länder zu verantworten haben. Eine neue Kommission soll jetzt die Bund- Länder-Finanzbeziehungen prüfen.

25. Weniger Bürokratie. Im Mittel- standsentlastungsgesetz werden kurz- fristig eine Reihe von ersten Maßnah- men zum Abbau von Bürokratie auf den Weg gebracht. Das bringt neue Handlungsspielräume und verbesserte Chancen für die kleinen und mittleren Unternehmen.

26. Moderne Umweltpolitik. Wir haben den Ökologiebereich gesetzlich auf eine neue Grundlage gestellt, die Umwelt, Innovation und Beschäftigung nicht mehr als Gegensatz, sondern als Ein- heit begreift. Dazu wurde ein 30 Punkte umfassendes, zukunftsweisendes Maß- nahmenpaket zur Energie- und Klima- politik beschlossen. Alle CO₂ relevanten Schlüsselgebiete werden einen neuen Schub erhalten sowie den Klimaschutz voranbringen. Und: Es bleibt mit uns beim Atomausstieg!

27. Vorsorgender Verbraucherschutz. Wir fühlen uns einer aktiven Verbrau- cherpolitik und einer nachhaltigen Landwirtschaft verpflichtet, die die In- teressen von Mensch, Wirtschaft, Um- welt und Natur in Einklang bringt. Mit einem Verbraucherinformationsgesetz wollen wir diese Rechte stärken.

28. Europäische Union. Deutschland hatte im 1. Halbjahr 2007 die EU-Rats- präsidentschaft inne. Uns ist es gelun- gen, für die Europäische Union eine neue zukunftsfähige Grundlage für das 21. Jahrhundert zu schaffen.

29. Internationale Verantwortung. In der Kontinuität deutscher Außenpolitik lassen wir uns von den Werten und In- teressen unseres Landes leiten. Dies gilt auch für den deutschen Vorsitz bei den G-8-Staaten im Jahre 2007. Wir werden international auch durch die SPD als Friedensmacht und verlässlicher Part- ner wahrgenommen.

30. Erfolge für die Entwicklungspolitik. Die Ergebnisse des G-8-Gipfels in Heili- gendamm sind ein großer Gewinn für unsere Entwicklungszusammenarbeit. Nicht nur die großen Wirtschaftsthe- men standen im Blickpunkt, sondern auch überlebenswichtige Fragen wie Klimaschutz, Hunger, Armut und Aids.

IMPRESSUM

Herausgeber: Büro Axel Schäfer MdB
V.i.S.d.P.: Fritzi Marie Felderhoff,
Annegret Mogge, Cornelia Künzel